

Original direkt weitergeleitet

DG 11. Mai 90 - 16

POLITISCHE ABTEILUNG I
p.B.15.21.Ro. - NB/IFH

Bern, 09. Mai 1990

Notiz über Gespräch zwischen Staatssekretär Jacobi und dem rumänischen Vizepräsidenten Casimir Jonescu vom 07. Mai 1990

Auf Einladung des Rumänienschweizers Dr. med. Henri Wyss, Zürich, weilte der Vizepräsident des provisorischen Rates der nationalen Einheit (CPUN) an der Spitze einer 85-köpfigen Delegation vom 28.04. bis 09.05.1990 in der Schweiz.

Jonescu ist einer der fünf Vizepräsidenten des Rates. Zweck der Reise war das Studium der schweizerischen demokratischen Institutionen.

Am 07.05. wurde Jonescu in Begleitung einer kleinen Abordnung (Namen siehe Beilage) von Staatssekretär Jacobi, zu einem Gespräch empfangen. Anwesend waren ebenfalls Botschafter J. Staehelin und Botschafter Ducrey.

In seinen eröffnenden Worten wies Staatssekretär Jacobi auf die schweizerische Bereitschaft zur Hilfe in Rumänien hin.

Damit ein Land Geld aus dem vom Parlament verabschiedeten 250 Millionen Kredit für Osthilfe erhalten könne, müssten in diesem Land jedoch folgende Bedingungen erfüllt sein :

- Die Abhaltung demokratischer Wahlen
- Die Respektierung der Menschenrechte
- Ein Uebergang zur Marktwirtschaft
- Das Recht auf Privateigentum für In- und Ausländer

Nach schweizerischer Auffassung sei man in Rumänien in dieser Beziehung noch nicht genügend weit. Vielmehr herrsche in der

- 2 -

Schweiz ein gewisses Unbehagen über die aktuelle Situation in Rumänien. Alarmierend seien zudem die Nachrichten aus dem Gesundheitssektor.

Jonescu bedauerte in seiner Antwort die seiner Ansicht nach einseitige Berichterstattung der westlichen Medien. Zu stark würde dort die extremistische Sicht einer Minderheit betont und zu wenig über die populäre Unterstützung der Nationalen Rettungsfront berichtet.

Die gegenwärtige Situation sei die natürliche Konsequenz einer spontanen Revolution. Im übrigen sei die Demokratisierung in Rumänien schon weit fortgeschritten. 80 Formationen hätten sich zu den Wahlen eingeschrieben. Für die Zulassung einer Partei zum Urnengang seien 250 eingeschriebene Mitglieder nötig. Für das am 20. Mai gewählte Parlament werde es noch keine Sperr-Klausel geben. Es sei jedoch geplant, diese in der neuen Verfassung einzuführen. Mit der Ausarbeitung einer neuen Verfassung soll nach den Wahlen begonnen werden.

Noch bestünden in Rumänien **keine legalen Institutionen**. Alle Institutionen hätten bislang nach dem Konsensprinzip funktioniert. Die Lage sei dementsprechend fragil.

Bezüglich dem Rumänien im Vergleich mit den anderen osteuropäischen Ländern vorgehaltenen Demokratiedefizit meinte Jonescu, dies hänge vom Standpunkt ab. Schliesslich habe es sich in Rumänien um eine spontane umfassende Revolution gehandelt und nicht um einen Demokratisierungsprozess, wie in den andern Ländern.

Zweifellos werde Rumänien nach den Wahlen die schweizerischen Bedingungen erfüllen können :

- Der Privatbesitz sei schon jetzt ausgedehnt worden und die Menschenrechte würden eingehalten.
- Nach den Wahlen soll die Privatinitiative die staatliche Planung in der Wirtschaft weitgehend ersetzen.

- 3 -

- Presse, Radio und Fernsehen sollen völlig unabhängig werden und nicht den offiziellen Standpunkt der Regierung vertreten.
- Das Parlament soll Legitimität besitzen und repräsentativ sein.

Bezüglich Auslandhilfe meinte Ionescu, es sei eine Tatsache, dass es um den sozialen Bereich schlimm bestellt sei. Man brauche konkrete Unterstützung in diesem Bereich. Generell soll jedoch **Hilfe zur Selbsthilfe** geleistet werden. Vor allem brauche Rumänien dazu Zugang zu moderner Technologie.

Ionescu schliesst mit dem Wunsch, nach den Wahlen Vertreter der schweizerischen Regierung in Rumänien begrüßen zu können. Er richtet dafür eine Einladung an Staatssekretär Jacobi.

JAC meinte in seiner Antwort, die Schweiz wolle die Absichten mit den Taten vergleichen. Die Schweiz werde die Entwicklung mit grossem Interesse verfolgen.

Wichtig für die Schweiz sei auch die Frage der Behandlung von Minderheiten. Der Respekt für Minderheiten spiele eine grosse Rolle in der Schweiz.

In bezug auf die Technologie meinte Jacobi, um einen Fortschritt zu erzielen brauche es vor allen Dingen ein günstiges Klima für die westlichen Unternehmen. Dazu beitragen können Abkommen über Investitionsschutz und Doppelbesteuerung, wie sie die Schweiz bereits mit anderen osteuropäischen Staaten abgeschlossen habe.



B. Nobs

Beilage : Teilnehmerliste

- Kopien :
- JAC, SIN, DY, WOK, AJ, NB
 - Sekretariat BRF
 - GWB
 - DDIP
 - DEH
 - Schweizerische Botschaft Bukarest

DG 11. Mai 90 - 16

Kopie(n) direkt weitergeleitet

Kopie(n) direkt weitergeleitet

Kopie(n) direkt weitergeleitet